OBERSALZBERG-JOURNAL · Beiträge zur Geschichte · Nr. 1/2009
Onlinepublikation des Obersalzberg Instituts e.V. Berchtesgaden

Florian M. Beierl

Dokumentation und Destruktion

Kritische Anmerkungen zum Umgang mit historischen Überresten und Baudenkmälern im ehemaligen „Führergebiet“ Obersalzberg bei Berchtesgaden

Zum 20. Oktober 2009

„Wir haben die Vergangenheit beseitigt, so weit Ruinen da waren.“ Zehnter Jahrestag des widersprüchlichen Umgangs mit der Geschichte

Am 20. Oktober 1999 eröffnete in Berchtesgaden die *Dokumentation Obersalzberg*. Als eine vom Institut für Zeitgeschichte München – Berlin konzipierte und durch Hauhaltsmittel des Freistaats Bayern ermöglichte Dauerausstellung über die Geschichte des Obersalzbergs und die NS-Diktatur hat sie sich über ein Jahrzehnt kontinuierlich positiv entwickelt und darf sich mit ihren durchschnittlich 150.000 Besuchern im Jahr nach den Worten des Bayerischen Wissenschaftsministers Dr. Wolfgang Heubisch „zum Besten was politische Bildung in Bayern zu bieten hat“ zählen.[1] Bis heute ist die Dokumentation Obersalzberg die weltweit einzige Dauerausstellung, die sich mit allen wesentlichen Themen der NS-Zeit beschäftigt – vor allem belegt sie durch ihre eindrucksvollen Besucherzahlen, wie groß der Bedarf an historisch-politischer Bildung an einem „Täterort“ wie dem Obersalzberg ist, wo die historische Neugier des dort anzutreffenden Massenpublikums aufgegriffen und den Menschen Gelegenheit gegeben werden kann, sich durch eine wissenschaftlich fundierte, aber möglichst gemeinverständliche Dokumentation über die Geschichte des Ortes und seine Verflechtung mit dem Nationalsozialismus zu informieren. Dazu bietet sie sowohl kognitive wie auch emotionale Zugänge.[2]

Das Jahr 1999 steht auf dem Obersalzberg jedoch nicht nur für den Beginn einer Dekade äußerst erfolgreicher Dokumentations- und Aufklärungsarbeit, sondern außerhalb der Mauern der *Dokumentation Obersalzberg* auch für den Anfang einer rigiden Entsorgungspolitik baulicher Überreste aus der NS-Zeit. Ende April 1999 schloss der Freistaat Bayern als Grundeigentümer des ehemaligen „Führergebiets“ Obersalzberg einen auf 99 Jahre lautenden Erbbaurechtsvertrag mit der *gewerbegrund Obersalzberg GmbH & Co. Grundbesitzgesellschaft KG* [3], einer hundertprozentigen Tochter der Bayerischen Landesbank (heute BayernLB) zum Zweck der Errichtung eines Resort-Hotels der Luxusklasse und der damit verbundenen Nutzung des

[1] Pressemeldung, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 26.06.2009. Zur Entstehung und zum Auftrag der Dokumentation vgl. Volker Dahm, Der Obersalzberg als historischer Ort und als Stätte historisch-politischer Bildung, in: Ders. u.w. (Hg.) Die tödliche Utopie. Bilder, Texte Dokumente, Daten zum Dritten Reich, München 2008, S. 17-27. Ferner: Jahresberichte der Dokumentation Obersalzberg unter www.obersalzberg.de

[2] Volker Dahm, wie in Fn. 1, S. 19. Dahm prägte maßgeblich den Begriff „Täterort“, der heute in der Auseinandersetzung mit dem Obersalzberg weit verbreitet ist.

[3] Fortan als *gewerbegrund* bezeichnet. Das Unternehmen trat später unter verschiedenen Bezeichnungen auf.

Obersalzberggeländes für touristische Zwecke. Noch im selben Jahr begann das Immobilienunternehmen vertragsgemäß mit großflächigen Abbrucharbeiten im gesamten Bereich des Obersalzbergs, wodurch über drei Jahre hinweg ein weitläufiger Bestand von ober- und unterhalb der Erdoberfläche gelegener Bauten und Ruinen aus der NS-Zeit durch „Tiefenttrümmerung“ und Zuführung des Materials in riesige Bauschuttbrecher sorgfältig bis auf die Grundmauern abgetragen und die Bereiche anschließend mit kompaktem Material verfüllt und begrünt wurden. Parallel dazu beteiligte sich der Freistaat Bayern auch selbst als beaufsichtigender Auftraggeber bei der Beseitigung von Relikten auf dem bereits an die Fa. *gewerbegrund* übergebenen Gelände. Der Bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser betonte nach Beginn der Abbrucharbeiten in einer Debatte im Landtag, dass der Obersalzberg ein „Täterort“ sei, „der die Verführungstechnik des Dritten Reiches gut dokumentiert“[4]. Man wolle „nichts zuschütten und nicht Gras über die Sache wachsen lassen“ und habe daher die Möglichkeit zum Betreten dieser Gegend und zur touristischen Nutzung gleichzeitig mit dem Konzept einer Dokumentations- und Informationsausstellung zur Bewahrung des Gedenkens an die Vergangenheit verbunden. Nach Faltlhausers Worten sei man die „Gratwanderung“ am Obersalzberg erfolgreich gegangen und habe eine Dokumentation errichtet, die in der Presse weltweit hervorragende Benotungen bekommen habe. Dann bemerkte der Minister noch: „Wir haben die Vergangenheit beseitigt, so weit Ruinen da waren“[5].

Mit diesem Satz berührte er einen Bereich, der heute – aus der Retrospektive – für Wissenschaftler, die sich mit Themen wie der Genese von Gedenkstätten, öffentliche Geschichtsvermittlung, Denkmalpflege und Architekturgeschichte befassen, ein erkenntnisreicher Gegenstand sein dürfte. Der Verfasser dieses Beitrags war über den gesamten Zeitraum der Abtragungs- und Umgestaltungsarbeiten auf dem Obersalzberg anwesend und hat die Abläufe vor Ort fotografisch, auf Plänen und Skizzen mitdokumentiert – eine Betätigung, die anderswo wahrscheinlich von Denkmalpflegern wahrgenommen worden wäre.[6] Von internationaler Seite wurde damals nachdrücklich angeregt, einen derartigen Transformationsprozesses kritisch zu dokumentieren, um eine spätere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Beseitigung von Überresten eines derart sensiblen Geländes im Sinne der „Public History“ zu ermöglichen.[7] Nur wenige Historiker haben sich zu den Prozessen am Obersalzberg bislang explizit geäußert. Timothy W. Ryback sprach bezüglich der staatlich verordneten Abtragungsarbeiten und der Ruinenbeseitigung ohne Anwesenheit von Denkmalpflegern bei der ersten *Obersalzberg Conference* 2008 von einer „wholesale destruction of historical materials without any critical discussion”[8] Er zitierte Edward T. Linenthal, der 2001 nach einem Besuch auf dem Obersalzberg neben den laufenden Brecheranlagen irritiert gemahnt

[4] Dieses u. folgende Zitate: Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 1/35 v. 17.02.2000, S. 2344-2346.
[5] Ebd., S. 2345.
[6] Der Verfasser war zwischen 1999 und 2004 für die Projektentwicklungsgesellschaft und das Staatl. Hochbauamt mit der Erkundung und dokumentarischen Erfassung noch bestehender unterirdischer Bauwerke als externer, freier Berater beauftragt und berichtet daher aus persönlicher Erfahrung. Neben Sachwissen, das bei den Arbeiten vor Ort und durch Gespräche mit den an Abbruch und Planung beteiligten Personen erlangt wurde, wird in dieser Darstellung versucht, vor allem unabhängig nachprüfbare Quellen heranzuziehen.
[7] U.a. explizit bei Ortsterminen von Richard Hunt/Harvard University (Mai 2001), Edward T. Linenthal/Indiana University (Juni 2001) Sir Michael Howard/Kings College (Juli 2001).
[8] Audioaufzeichnung der Obersalzberg Conference (29.07.-02.08.2008 im Nationalparkhaus Berchtesgaden; Veranstalter: King’s College London / Obersalzberg Institute e.V.). Archiv des Obersalzberg Instituts e.V. Ein Tagungsband steht noch aus.

hatte: „You don't destroy important sites of history."[9] Julius H. Schoeps mahnte bei derselben Tagung an, dass es von wichtiger Bedeutung sei, vor der Beseitigung von Überresten an zeitgeschichtlich gewichtigen Orten des Nationalsozialismus eine ausgeprägte öffentliche Diskussion hierüber zu führen – auch in Berlin sei dies nicht leicht gewesen. Volker Dahm hingegen hatte im November 2005 verdeutlicht, dass er es als unsinnig ansehe, „jedes Fundament" am Obersalzberg zu vermessen und zu dokumentieren, weil er darin „überhaupt kein pädagogisches Potenzial"[10] sehe. Andererseits setzte er sich zeitgleich für ein Projekt zur Aufstellung von Erklärungstafeln bei den Überresten des Berghofs Adolf Hitlers ein.[11]

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Dokumentation Obersalzberg soll nun neben den positiven Aspekten dieses Jahrestags ein kritischer Seitenblick auf diejenigen Maßnahmen erfolgen, die größtenteils außerhalb der Wahrnehmung der Öffentlichkeit umgesetzt wurden. Dabei wird vor allem die bedeutsame Frage des Denkmalschutzes angesprochen, denn nach den bis heute vorliegenden Unterlagen drängt sich hierbei die wichtige Frage auf, ob der Freistaat Bayern dabei die Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes beachtet und der Denkmalpflege ihre Aufgabenwahrnehmung ermöglicht hat.

Der Obersalzberg und die BayernLB

Im Frühjahr 1996 übergab die 7. U.S. Armee dem Freistaat Bayern Liegenschaften auf dem Obersalzberg, die seit Anfang der 1950er Jahre von den Amerikanern als ehemalige NS-Bauten beschlagnahmt waren und als Erholungsgebiet (*Recreation Area*) genutzt wurden. Ein Beschluss des Ministerrats vom 1. August 1995 sah ein in enger Abstimmung mit dem Markt Berchtesgaden und dem Landkreis Berchtesgadener Land erarbeitetes Nutzungskonzept vor, wonach die Fortführung des Hotelbetriebs auf dem Gelände des bisherigen General-Walker-Hotels mit Nebengebäuden und Sportanlagen als Kur-, Sport- und Tagungshotel geplant war. Das Areal sollte hierzu nach öffentlicher Ausschreibung an einen privaten Investor vergeben werden, der nach Durchführung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen das Hotel selbst oder durch einen Hotelunternehmer betreiben sollte.[12] Eine internationale Ausschreibung dafür lief zunächst erfolglos bis Ende September 1996 und wurde anschließend verlängert. Als „zweite Säule" des angestrebten Nutzungskonzepts beschloss die Bayerische Staatsregierung, eine Dokumentationsstelle auf dem Gelände zu errichten. Der damalige Finanzminister Erwin Huber sah sich mit Bedenken des Europa-Direktors der Simon-Wiesenthal-Stiftung in Paris, Dr. Shimon Samuels, konfrontiert. Samuels warf der Bayerischen Staatsregierung vor, Hitlers Ferienort würde nun zu einem Luxus-Urlaubs-Resort mit Museum verwandelt, in dem verharmlosende Kinderfotos des Diktators gezeigt würden – das sei „skandalös"[13]. Die Äußerung sorgte international für Schlagzeilen. Das ursprüngliche Konzept der Bayerischen Staatsregierung zur Verpachtung des gesamten Areals an ein- und denselben Investor schien erstmals ins Wanken geraten zu sein, als Huber sich gegenüber der *Welt am Sonntag* angesichts

[9] Audioaufzeichnung eines Gedankenaustauschs zwischen Florian M. Beierl, Edward T. Linenthal und Timothy W. Ryback in Berchtesgaden vom 04.06.2001, S. 7., Transkript i. Hd. d. Verfassers.
[10] Protokoll der Jahreshauptversammlung des Obersalzberg Instituts e.V. in der Dokumentation Obersalzberg am 05.11.2005.
[11] Eine erste solche Tafel wurde am 16.06.2008 aufgestellt.
[12] Ministerrat 1. August 1995, Bericht aus der Kabinettssitzung, Punkt 2: *Künftige Nutzung des Obersalzbergs.*
[13] AP-Meldung *Streit um Dokumentationszentrum am Obersalzberg* in: Berliner Zeitung u. w. vom 31.10.97.

der auslaufenden Ausschreibungsfrist und dem Mangel an Investoren im Dezember 1997 äußerte, er sei nun auch bereit, die Bauten und Sporteinrichtungen im Staatsbesitz einzeln zu verpachten und die Nutzungsmöglichkeiten auszudehnen.[14] Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch noch eine weitere Entwicklung: Der Freistaat Bayern verfügte über ein finanzkräftiges Bewerberkonsortium aus Jordanien, das jedoch auf diesem hochsensiblen Areal politisch nicht vertretbar erschien. Zur Erinnerung: Hitler selbst hatte dem Obersalzberg einmal durch seine Bemerkung „Meine großen Pläne sind alle dort entstanden“[15] eine unmittelbare Nähe zu den Verbrechen des Holocaust attestiert, zudem war die Rolle des Orts als Machtzentrale der NS-Diktatur zureichend bekannt.[16]

Was sich in der zweiten Jahreshälfte 1998 im Umfeld des Finanzministeriums abspielte, ist aus der aktuellen Quellenlage nicht schlüssig nachzuvollziehen und wäre sicherlich hinsichtlich der Untersuchungen zu den Einflüssen der Politik auf die mitunter riskanten Geschäfte der BayernLB von besonderem öffentlichem Interesse.[17] Fest steht, dass der damals erst kurz im Amt stehende Bayerische Finanzminister, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, am 11. November 1998 dem Landrat des Berchtesgadener Landes und Regionalpolitikern erklärte, dass eine hundertprozentige Tochter der Bayerischen Landesbank das Areal im Erbbaurecht übernehmen, den *Platterhof* abreissen und dafür bis 2002 ein gehobenes Hotel mit 200 Zimmern auf dem Obersalzberg errichten würde. Zu diesem Zweck suche man einen Betreiber und sei bereits mit der Hotelgruppe *Intercontinental* in Verbindung.[18] Im Münchner Handelsregister wurde einen Monat später die Fa. *gewerbegrund Obersalzberg GmbH & Co. Grundbesitzgesellschaft KG* [19] eingetragen. Damit war klar, dass nicht nur der *Platterhof*, sondern das gesamte historische Areal um den ehemaligen Berghof Adolf Hitlers nicht länger öffentlich ausgeschrieben würde, sondern an ein Geldinstitut ging, an dem Bayern selbst 50% der Anteile besaß. Faltlhauser äußerte, dass die Gesellschaft als Landesbanktochter eine „gewisse staatliche Nähe“[20] aufweise und es daher dort keinen „Sentamentalitätstourismus“ geben werde.

Im April 1999 bestätige der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Manfred Ach bei einem Ortstermin dass die Fa. *gewerbegrund* nun loslegen könne. Geschäftsführungsmitglied Dieter Krautzig kündigte an, dass es mit der Neugestaltung am Obersalzberg nun zum ersten Mal seit

[14] Hannes Burger, Die Verbindungslinien zwischen dem Obersalzberg und Auschwitz und der Wirbel um die Dokumentationsstelle am ehemaligen Bergsitz Hitlers, in: Welt am Sonntag vom 27.12.97.
[15] Werner Jochmann (Hg.), Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944, Hamburg 1980, 207.
[16] Die arabischen Bieter um den Präsidenten der Bank of Jordan und einen jordanischen Minister sollen daher nach Angaben ihres Anwalts über ein Jahr lang vergeblich mit den zuständigen Stellen des Finanzministeriums verhandelt haben und sich zuletzt von Bayern ausmanövriert gefühlt haben, weil sie nach den Worten ihres Anwalts Ralf Brückner angeblich erst am Ende der Gespräche erfuhren, dass bei diesem Projekt von Anfang an klar gewesen wäre, dass sie als Araber keine Chance gehabt hätten. Brückner wollte laut Focus mehr als eine Million Mark Schadenersatz für die „aussichtslose Bewerbung“ vom Freistaat Bayern gerichtlich einklagen. Vgl. Obersalzberg: Poker mit Folgen, Focus Nr. 48 vom 23.11.1998.
[17] Vgl. hierzu: Heiner Effern u. Klaus Ott, Die Bank und ihr Hotel. Wie die Bayerische Landesbank auf Druck der Staatsregierung am Obersalzberg ein Luxushotel erbaute und dort sogar ihre Konferenzen abhalten sollte, in: SZ (Bayern) Nr. 286 vom 09.12.2008, S. 39. Ferner Heiner Effern, Das Millionengrab, in: SZ (Bayern) vom 24.05.2009.
[18] Iris Melcher, Pächter für Platterhof-Gelände gefunden, in: Berchtesgadener Anzeiger v. 13.11.1998. Die Entscheidung beruhte auf einem Ministerratsbeschluss vom 10.11.1998.
[19] Eingetragen am 14.12.1998, Handelsregisterauszug HRA 73353
[20] Cornelia Knust, First-class-Hotel über Führerbunker. Der Berchtesgadener Obersalzberg wird zur Freizeitanlage, in: FAZ v. 11.01.1999.

Impressum: Herausgeber: Stefan Gauer· Obersalzberg Institut ·Privatrechtlichtes Institut e.V. Rathausplatz 8, 83471 Berchtesgaden · www.obersalzberg.org

1935 wieder „demokratische Verhältnisse“[21] dort gebe. Am 28. April 1999 wurde der auf 99 Jahre lautende Erbbauchrechtsvertrag unterzeichnet. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hatte ihn in seiner Sitzung vom 14.04.1999 gebilligt. Damit übernahm die Immobiliengesellschaft die Verpflichtung, zunächst den aus der NS-Zeit stammenden und von den Amerikanern 40 Jahre lang als Hotel *General Walker* geführten *Platterhof* sowie andere bauliche Überreste abzutragen. Das Ministerium betonte gegenüber Kritikern, dass der Abriss „durch einen privaten Investor und nicht mit staatlichen Mitteln“[22] durchgeführt werde. Die Realisierung dieses Privatinvestorprojekts legte man in die Hände eines Ministerialrats aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, der hierfür beurlaubt wurde und als Geschäftsführer für die Landesbank-Tochter agierte. Neben dem *Platterhof* übernahm die Fa. *gewerbegrund* auch den Großteil des ehemaligen „Führergebiets“, das Reichsleiter Martin Bormann ab 1935 den früheren Bewohnern sukzessive im Namen der NSDAP zum Teil mit Zwangsmaßnahmen abgenommen hatte. Auf dem 106 Hektar großen Gelände befanden sich zum Zeitpunkt der Übernahme im Mai 1999 eine Reihe von Gebäuden aus der NS-Zeit: ein umfangreicher Gutshof mit Gesindehaus, das Atelierhaus Albert Speers (beides bis 1995 von den US-Truppen als Hotelbetrieb mit Golfplatz und Skiliften genutzt), zwei Gefolgschaftshäuser der Verwaltung Obersalzberg und die ehemalige Adjutantur Hermann Görings.[23] Diese Bauten hatten den alliierten Großangriff auf den Obersalzberg im April 1945 überstanden und wurden durch ihre jeweiligen Nutzer in einem baulich passablen Zustand gehalten. Bunker- und Stollenanlagen im Umfang von knapp 6 Kilometern, die ab 1943 auf acht Ebenen im Inneren des Bergs angelegt worden waren, hatte der Freistaat Bayern bewusst aus dem Vertrag ausgeklammert. Diese wurden weiterhin von der zuständigen Bezirksfinanzdirektion verwaltet. Weitaus größer war jedoch die Anzahl der noch im Boden befindlichen Ruinen, Kellerräume, Versorgungsgänge sowie Schuttberge, die man – über 40 Jahre von Vegetation und Baumwuchs überdeckt – bei oberflächlicher Betrachtung kaum mehr erahnen konnte.

Überraschungen unter der Grasnarbe

Bereits bei den ersten Sondierungsarbeiten der hierüber vermutlich unzulänglich informierten *Gewerbegrund Projektentwicklungsgesellschaft mbH* am 2. Mai 1999 brach ein Bagger durch die Decke der noch vollständig unter der Rasenfläche eines Fußballplatzes erhaltenen Schießstände einer früheren SS-Kaserne. Kurz darauf öffnete eine Baumaschine eine größere Kluft im Wald, durch die man in ein mit Wasser gefülltes unterirdisches Heizwerk blicken konnte, von dem aus Gänge in verschiedene Richtungen verliefen. Hier waren noch erhaltene Fensterrahmen, durch deren zerborstene Scheiben schuttbefüllte Kellerschächte zu erkennen waren – ein Befund, der sich später dutzendfach in Kellerbereichen zeigte. In den drei erhaltenen Schießanlagen der SS drangen Bauarbeiter auf lehmverschmierten Klinkerböden und durch massive Granittürstöcke hindurch bis zu 100 Meter tief vor. Schnell wurde den Beteiligten klar, dass das gesamte innere „Führergebiet“ um die ehem. SS-Kaserne eine großflächig mit Humus überdeckte Ruinenlandschaft war, die aus einem weit verzweigten Verbund von noch erhaltenen bzw. halb eingestürzten Kellerräumen und Versorgungsgängen bis hin zu vollständig erhaltenen Teerstraßen mit Randsteinen und teilweise intakten Kanaldeckeln bestand. Zudem wurde bekannt, dass von den Landhäusern Martin Bormanns und Hermann Görings Kellerräume

[21] Dieter Meister, Erbbaurechtsvertrag kurz vor dem Abschluß, in: Berchtesgadener Anzeiger v. 16.04.1999.
[22] Schreiben v. Ltd. Ministerialrat Dr. Böhme (Juli 2000) an Herrn U. F. Az: 43 – VV 32501 – O21/Ober; Eine Kopie übersandte der Empfänger 2006 an den Verfasser.
[23] Adjutantur und Gefolgschaftshäuser wurden vom Freistaat Bayern als Mietshäuser betrieben.

und Außenanlagen erhalten waren. Um die die vom Finanzministerium geforderten Abbrüche besser ausschreiben und koordinieren zu können und vor allem eine statische Planungssicherheit für das geplante Luxushotel zu erhalten, wurden in den Jahren 1999-2002 zwei Studien über die baulichen Hinterlassenschaften der NS-Zeit für die Projektentwicklungsgesellschaft und das Staatliche Hochbauamt erstellt.[24]

Die Frage, warum unter der Vegetation des Obersalzbergs entgegen den Erwartungen der Beteiligten überhaupt noch derart viele Überreste von Gebäuden aus der NS-Zeit vorhanden waren, beantworten Dokumente des Kabinetts Ehard aus der Nachkriegszeit: Schon im März 1949 wurde der Freistaat Bayern aufgrund Art. V der *Kontrollratsdirektive Nr. 50* Eigentümer der ehemaligen NS-Liegenschaften auf dem Obersalzberg, hatte aber keine Verfügungsgewalt über die Grundstücke und Gebäude, weil sie von den Amerikanern noch nicht freigegeben waren.[25] Nachdem die US-Verwaltung ihre Wachposten abzog, kam es insbesondere 1951 zu massiven Problemen durch über 136.000 Schaulustige, die im Laufe des Sommers von selbst ernannten Fremdenführern geleitet das unerschlossene Ruinengelände erkundeten. Unter den Besuchern hatten sich offenbar nicht wenige „Ewiggestrige“ befunden, die Souvenirs aus den Trümmern mitnahmen und sich in Anwesenheit von Journalisten unkritisch äußerten.[26] Presseberichte führten in der Folge dazu, dass der *U.S. Land Comissioner for Bavaria* gegenüber Ministerpräsident Dr. Hans Ehard im November 1951 die von Bayern erwünschte Rückgabe der beschlagnahmten Grundstücke und Ruinen der Anwesen Hitlers, Bormanns, Görings und der SS nur unter der Bedingung anbot, dass diese geschliffen und alle baulichen Zeugnisse entfernt würden.[27] Noch im selben Monat ordnete Finanzminister Friedrich Zietsch an, dass, „die Gebäude vollständig abgerissen und alle Spuren ihrer Lage ausgelöscht werden“[28] Im Anschluss sollte das Gelände durch die Staatsforstverwaltung bepflanzt werden. Der Zuschlag für die Abbrucharbeiten ging an einen Bauunternehmer aus der Region.[29] Am 30. April 1952 wurde als letzter Akt dieser materiellen Bereinigung die Ruine des Berghofs gesprengt. Der Unternehmer hatte sich verpflichtet, bis Mai 1952 mit den Arbeiten fertig zu sein. Somit waren ihm gerade einmal sechs Monate Zeit geblieben, das gesamte Areal zu bereinigen und für die anschließende Aufforstung vorzubereiten. Unter diesen Umständen erscheint es nachvollziehbar, dass die gesprengten Überreste der Gebäude mit den damals zur Verfügung stehenden einfachen Baumaschinen lediglich einplaniert wurden und dabei zahlreiche Hohlräume verblieben. Gleiches gilt für Bauten, die unmittelbar bei der schweren Bombardierung 1945 mitsamt ihrem Inventar verschüttet wurden und in diesem Zustand 1952 einfach mit Schutt und Erde überdeckt wurden.

Abbrüche, Tiefenttrümmerung und Funde zwischen 1999 und 2003

[24] Florian Beierl, Erkenntnisbericht über unterirdische Bauwerke und Abflußsysteme im Bereich "K" des Obersalzbergs. Gutachten mit ergänzendem Planmaterial v. 15.7.1999, Gewerbegrund Projektentwicklungsgesellschaft mbH München (Ergänzungsversion v. 16.12.2000, Staatl. Hochbauamt Traunstein, Außenstelle Bad Reichenhall).
[25] Übertragungsurkunde Nr. 1259, Staatsarchiv München BFD III 243. Das Hotel zum Türken wurde 1950 hiervon ausgenommen.
[26] Vgl. Ulrich Chaussy, Nachbar Hitler. Führerkult und Heimatzerstörung am Obersalzberg, Berlin 1995, S. 172 f.
[27] Schreiben von George N. Shuster an Dr. Hans Ehard v. 1. Nov. 1951, BayHStA StK 11 105.
[28] Schreiben von Friedrich Zietsch an Dr. Hans Ehard v. 12.11.1951, BayHStA StK 11 105.
[29] Ebd. Der Bauunternehmer Schmölzl aus Bayerisch Gmain hatte die Sprengungen und die anschließenden Beseitigungen der Gebäude kostenfrei angeboten und sich obendrein dazu bereit erklärt, eine pauschale Abfindung für die noch verwertbaren Baumaterialien zu bezahlen.

Der *Platterhof*

Nach Abschluss der Geländeuntersuchungen und der Standortfindung für das neue Hotel begann die Fa. *gewerbegrund* am 15. Februar 2000 mit dem Abbruch des Platterhofs. Einen Tag später reichte die *Fraktion Bündnis 90 Die Grünen* einen Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag ein, in dem die Staatsregierung unter anderem aufgefordert wurde, die *gewerbegrund* aus ihrer Verpflichtung zum Abriss des Gebäudes zu entlassen und Teile des Platterhofs für museumspädagogische Zwecke der Dokumentation Obersalzberg oder als Bildungsstätte zu erhalten. Die Begründung des später abgelehnten Antrags enthielt die Passage:

Die Versuche, die physischen Überreste des nationalsozialistischen „Schandfleck" zu beseitigen, um mit diesem Kapitel der deutschen Geschichte ein für alle Mal aufzuräumen, sind nachweislich gescheitert. Nur eine offensive Auseinandersetzung stärkt, wie auch die Erfolgsgeschichte der Dokumentationsstelle zeigt, demokratisches Bewusstsein.[30]

Der Antrag löste eine aufschlussreiche Debatte im Plenum aus. Die *Grünen* argumentierten vor allem mit der Beobachtung, dass die um 1996 für viel Geld durchgeführte Beseitigung eines Teils der Berghofruinen dem Ort keineswegs seine „magische Anziehungskraft für Voyeure, Nostalgiker und Neo-Nazis"[31] genommen habe. Der Abgeordnete Georg Grabner (CSU) verteidigte das Konzept. Gustav Starzmann (SPD), der zu dieser Zeit dem Landesdenkmalrat angehörte, stellte gegenüber Finanzminister Faltlhauser fest, dass es sich beim Platterhof um ein Denkmal handle, das in der Denkmalliste stehe. Die Liste sei jedoch „in diesem Punkt nicht veröffentlicht" – das seien „südosteuropäische Verhältnisse".[32]

Schon im Vorjahr war dem Verfasser von der *gewerbegrund* erlaubt worden, gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Unternehmens die Heraklitdecke eines Raumes in einem Seitenflügel des Gebäudes und diverse Wände in diesem Bereich zu prüfen, weil aufgrund von Archivfotografien die Vermutung nahe lag, dass das gesamte bäuerliche Originalgebäude des bereits um 1385 urkundlich erwähnten „Steinhauslehens" (die spätere „Pension Moritz") erhalten war und bei der Erweiterung des Gebäudes zum Platterhof unter dem Architekten Roderich Fick (1939/40) lediglich mit einer Ziegelvormauerung verblendet worden war. Diese Vermutung bestätigte sich, als unter der Hohlkonstruktion die noch eingebaute Stubendecke des Anwesens mit der eingeschnitzten Datierung 1671 zum Vorschein kam und die Mauern Kalkbruchsteine aufwiesen. Ein zufällig zur Anfertigung einer Abbruchdokumentation anwesende Fotograf des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege wurde auf die Besonderheit aufmerksam gemacht, entgegnete jedoch, dass der Platterhof in seiner Behörde ein „schwarzes Tuch" sei, das am besten gar nicht weiter angesprochen werden sollte. Im Speisesaal des Gebäudes ließ die *gewerbegrund* im Sommer desselben Jahres einen vier Meter hohen Wandbrunnen aus Untersberger Marmor im Stil des 18. Jahrhunderts sorgfältig ausbauen. Der zuständige Ingenieur erhielt nach seinen damaligen Aussagen den ihm selbst nicht nachvollziehbaren Auftrag – eine „höhere Weisung aus München"[33] – den Brunnen umgehend zu zerstören, worauf die Segmente von einem Minibagger auf die zwei Stockwerke tiefer gelegene Steinterrasse gestürzt wurden und dort

[30] Bayerischer Landtag, Drucksache 14/2908 v. 16.02.2000.
[31] Dr. Sepp Dürr, in: Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 14/35 v. 17.02.2000, S. 2339.
[32] Gustav Starzmann, in: Bayerischer Landtag, Plenarprotokoll 14/35 v. 17.02.2000, S. 2341.
[33] Bemerkung des Abbruchleiters, Dipl.-Ing. H., gegenüber dem Verfasser zum Zeitpunkt des vollendeten Ausbaus.

zerbrachen. Zerstörungsfrei hingegen vollzog sich der der Ausbau der im Altbau entdeckten Stubendecke des Steinhauslehens von 1671 durch einen örtlichen Zimmereibetrieb. Dieses Kulturgut[34] wollte die *gewerbegrund* eigentlich in einer geplanten Bayernstube des künftigen Intercontinental-Hotels einbauen, ließ das Vorhaben aber wieder fallen, als man sich für ein einheitliches Ausstattungskonzept für das Restaurant entschied.[35]

Die Überreste des Berghofs Adolf Hitlers

1995 hatte das Staatsministerium für Finanzen einem Kaufinteressenten des Areals mitgeteilt, dass der bayerische Staat vor der Ausschreibung „lediglich noch einige Ruinenreste abbrechen“[36] würde. Fraglich ist in diesem Punkt, ob das Landesamt für Denkmalpflege 1996 darüber informiert wurde, dass die Finanzverwaltung die als Ruine noch weitgehend erhaltene Garage des Berghofs, dessen Decke zugleich als Terrasse des Berghofs diente, abbrechen ließ.[37] Der mit roten Marmorsteinen aus dem nahe gelegenen „Ziller Steinbruch“ verkleidete Baukörper war der Öffentlichkeit aus Fernsehdokumentationen mit den vielfach gezeigten Farbfilmaufnahmen Eva Brauns sicherlich im Zustand vor 1945 hinreichend bekannt. Diese Ruine, wie auch das restliche Berghofgelände, luden immer wieder Unbelehrbare dazu ein, Nazi-Parolen auf die Wände der Garage zu schmieren, Grablichter im Gelände aufzustellen und rechtsextremistische Zeichen in die 1952 angepflanzten Bäume zu schnitzen – ein Ärgernis, das von den Medien international kritisch beobachtet wurde und dem Obersalzberg einmal mehr den Charakter einer rechtsextremistischen Wallfahrtsstätte einbrachte. Insofern erscheint es zunächst erklärbar, dass man versuchte, diesem verherrlichenden Spuk mit einer maschinellen Beseitigung der Überreste 1996/97 Herr zu werden. In der Folge ließ sich jedoch beobachten, dass nach wie vor jährlich um den 20. April Grablichter und Blumen auf dem Gelände abgelegt wurden – der Abbruch der Ruine also nicht zielführend war, sondern bestenfalls eine mögliche Unfallgefahr beseitigte.[38]
Ab Mai 1999 übernahm die *gewerbegrund* als Erbbauberechtigte im ehemaligen „Führergebiet“ die Verantwortung über das Berghofgelände und die noch verbliebenen Mauerreste. Etwa ein Viertel der Anlage wurde der Hangform entsprechend oberflächlich verfüllt und begrünt. Damit änderte sich zunächst auch die Strategie der Geschichtsbewältigung – und zwar im auffallenden Widerspruch zum Konzept des Bayerischen Finanzministeriums, das lautete: „nichts zuschütten und nicht Gras über die Sache wachsen lassen“[39]. Die Anfrage der Eigentümerin des oberhalb gelegenen „Hotel Türken“[40] über zunehmenden Wildwuchs auf dem Gelände beantwortete die *gewerbegrund* unter anderem mit der Aussage:

[34] In der Stube der „Pension Moritz“ verkehrte z.B. zwischen 1880-1921 ein illustrer Kreis, wie z.B. Klara Schumann, Peter Rosegger, Carl von Linde, Richard Voss u.a. Die Pension gilt als wichtige Einrichtung auf dem Weg des Obersalzbergs zum Ort der Sommerfrische. Der NS-Parteilegende zufolge wurde in der Stube jedoch auch im Sommer 1923 der Münchner Putsch geplant. Hitler ließ den Raum als Schrein im Andenken an Dietrich Eckart nie verändern.
[35] Ob sich die ausgebaute Decke noch heute in den Händen des Nachfolgeunternehmens der inzwischen liquidierten *gewerbegrund* – also in Händen der BayernLB – befindet, ist dem Verfasser nicht bekannt.
[36] Eine Kopie des Schreibens aus dem Bay. Staatsministerium der Finanzen befindet sich im Besitz des Verfassers.
[37] Die Marmorsteine von 1996 wurden abtransportiert und erhielten auf recht fragwürdige Weise anderweitig ihren „Segen“. Ein Thema für findige Journalisten.
[38] Vgl. hierzu z. B. Frank Junghänel, Über die Ruinen wächst kein Gras, in: Berliner Zeitung vom 07.11.1997.
[39] Prof. Dr. Kurt Faltlhauser im Bayerischen Landtag, Plenarprotokoll 1/35 v. 17.02.2000, S. 2345.
[40] Das Anwesen gelangte aufgrund des Wiedergutmachungsgesetzes als Ausnahme auf dem Obersalzberg in Privateigentum.

Generell möchten wir darauf hinweisen, daß es unser Bestreben ist, die Stelle, an der sich der „Berghof" befand, durch Pflanzenbewuchs unkenntlich zu machen. Hierdurch sollen unerwünschte „Berghoftouristen" ferngehalten werden.[41]

Lange verfolgte man den Plan der Bewuchsoffensive nicht, denn um 2004 wurde in Abstimmung mit der Marktgemeinde Berchtesgaden ein Fußweg über das Gelände geführt. Dazu wurden eine Reihe von Bäumen am unmittelbaren Standort der Ruinen gefällt und vor allem das vorherrschende Dickicht beseitigt, was mehr Licht und Transparenz in das Gelände brachte. Seit 2008 befindet sich dort nun eine Erklärungstafel des Instituts für Zeitgeschichte mit kurzen Hintergrundinformationen zum Berghof. Insgesamt hat der hohe Besucherverkehr der Dokumentation Obersalzberg zu einer höheren Frequentierung des Berghofgeländes beigetragen – bei gleichzeitiger Abnahme des Kleinkults mit Grablichtern und Blumen. Dennoch werden aktuell in Absprache zwischen Dokumentation Obersalzberg und Intercontinental-Hotel regelmäßig Hausmeister zum protokollierten Kontrollgang über den ehemaligen Standort des Berghofs geschickt, um bei Bedarf die Objekte einzusammeln.[42]

Heute befinden sich auf dem Berghofgelände noch die Hangmauern des Haupttrakts und des westlichen Nebengebäudes, Reste eines „Hundelaufs", weitläufige – aber von meterhohem Schutt überlagerte Kellerräume, mit Schutt überdeckte Terrassenflächen, Kabelschächte, ein Abgang in die Bunkeranlage, die vollständig überfüllte Zufahrtsstraße mit Mauer[43] und vermutlich auch die Reste der Freitreppe. Das Gebäude ist ab Unterkante des damaligen „versenkbaren Fensters" noch erhalten, aber nicht sichtbar.

Das Gelände des ehem. inneren „Führergebiets" um die ehemalige SS-Kaserne

In ihrem Umfang dürfte die Tiefenttrümmerung des Geländes um die ehemalige SS-Kaserne die aufwändigste und kostenintensivste Abbruchmaßnahme zwischen 2000-2003 gewesen sein. Hier wurden die Fundamente und Kelleranlagen einer Sporthalle, einer knapp 200 Meter langen Dienstwagenhalle mit Fahrerwohnhaus, eines Wirtschaftsgebäudes, einer Mannschaftsunterkunft, eines Kindergartengebäudes, Modellhauses und die Dienstgebäude der „Verwaltung Obersalzberg" freigelegt. Dazu kam ein etwas tiefer gelegenes Gangsystem, das alle Gebäude untereinander mit einem zentralen – ebenfalls unterirdischen – Fernheizwerk und angeschlossenem Koksdepot verband. Bei keiner dieser Maßnahmen waren Denkmalpfleger anwesend. Die Fülle der hierbei aufgetauchten Fundobjekte kann hier nicht im Detail beschrieben werden. Sie wurden größtenteils auftragsgemäß in die Brecheranlagen geworfen. Teilweise wurden Fundobjekte auch als „Souvenirs" von Bauarbeitern und anderen Beteiligten mitgenommen. Vor allem aber betätigten sich an den Wochenenden unter Überwindung des Bauzauns eine ganze Reihe von „Amateurarchäologen" und Touristen in den Trümmern und wurden dabei nach Berichten von Augenzeugen in hohem Maße fündig. Im Internet tauchten bald bei Online-Auktionen Kacheln und Besteckteile der SS-Verwaltung auf.[44] Im Hinblick auf

[41] Schreiben der *gewerbegrund Obersalzberg GmbH & Co. Grundbesitzgesellschaft KG* vom 21.07.2003 an Frau Ingrid Scharfenberg. Frau S. übergab dem Verfasser eine Fotokopie.
[42] Mündliche Informationen der Leiterin der Dokumentation Obersalzberg, Frau Linda Pfnür vom 19.10.2009.
[43] Seit etwa drei Jahren entnehmen Souvenirjäger hier Steine der noch vorhandenen Natursteinmauer.
[44] Entsprechende Online-Auktionsangebote hat der Verfasser in Form von Ausdrucken aufbewahrt. Ein Besucher schenkte dem Obersalzberg Institut e.V. Jahre später eine lädierte Schreibmaschine, die er aus einem Kellerraum der Verwaltung Obersalzberg geborgen hatte.

Gebäudeteile, die originär durch die Bombenangriffe vom 25. April 1945 verstürzt verblieben waren, ist auf Funde ganzer Kellerräume mit Werkzeugen, die Freilegung eines verstürzten Bühnenraums mit Klavier und Musikinstrumenten, die Freilegung eines Weinkellers mit über 10.000 zerstörten Flaschen, den Fund der Totenmaske Dietrich Eckarts und Skulpturteile zu verweisen.[45] Auch hier galt die Vorgabe, diese Dinge zu vernichten.

2000 hatte sich abgezeichnet, dass die *gewerbegrund* für eine derartig umfangreiche „Altlastenentsorgung" keine Gelder von der Bayerischen Landesbank erhalten würde. Finanziert wurden die Abbrüche und Tiefenttrümmerungen im Umfeld der SS-Kaserne nach Kenntnisstand des Verfassers durch Haushaltsmittel des Bayerischen Finanzministeriums. Dabei handelte es sich vermutlich um Gelder, die der zuständigen Bezirksfinanzdirektion im Zeitraum der Abbrucharbeiten eigentlich für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen und speziell „für dringende Maßnahmen zur Erhaltung von staatseigenen Mietwohnobjekten und Baudenkmälern"[46] zugewiesen wurden.

Außerhalb des Bereichs um die ehemalige SS-Kaserne wurden die Kelleranlagen des Landhauses Bormann und das Kellergeschoß und das Schwimmbad Hermann Görings freigelegt und anschließend tiefenttrümmert. Im Landhaus Göring kam dabei ein (leerer) Weinkeller zum Vorschein, daneben zerstörtes Haushaltsgerät und Kinderspielzeug.

Die nicht für die Öffentlichkeit vorgesehene Liste der Denkmäler auf dem Obersalzberg – ein Kuriosum.

Bei einer Suche nach Antworten auf die Frage, ob am Obersalzberg bislang etwas unter Denkmalschutz stehe, wurde das Obersalzberg Institut e.V. von der Unteren Denkmalschutzbehörde im Landratsamt Berchtesgadener Land schon 2008 fernmündlich auf eine „Sondersituation" und die Zuständigkeit des Landesamts für Denkmalpflege nach München verwiesen. Ein Antrag zur Überprüfung von Ruinenresten eines mittelalterlichen Bauernanwesens auf dem Obersalzberg sowie von diversen NS-Bauten und Bunkern wurde demenstprechend vom Obersalzberg Institut e.V. an das Landesamt gerichtet.[47] Die aktuellen Pläne der Bayerischen Staatsforsten, bis zu 10 Kilometer des bestehenden Gebirgsstraßennetzes um den Kehlstein zur Anlegung schwerlastfähiger Forststraßen abzutragen bzw. zu verbreitern, waren Anlass für das Obersalzberg Institut e.V., beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zusätzlich im April 2009 einen Antrag auf die Überprüfung der Denkmaleigenschaft des gesamten Ensembles (Kehlsteinhaus mit Straßen) zu stellen.[48]

[45] Der Fotograf Harf Zimmermann fertigte damals für die *New York Times* eine Fotoserie an, die jedoch nicht veröffentlicht wurde.
[46] Vgl. Haushaltspläne 2001/02 u. 2002/03, Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung) Titel 13 04/519 01. Als auffällig könnte hier gelten, dass die Mittel zwischen 1997 und 2000 durchschnittlich bei umgerechnet 3,7 Mio. Euro lagen, und im Zeitraum der Abbrüche auf dem Obersalzberg 2001-2002 sprunghaft auf knapp 5,7 Mio. Euro anstiegen. In den ergänzenden „Erklärungen" wird kein Bezug zum Obersalzberg ausgeführt.
[47] Bsp. Schreiben des O. I. e.V. an die Untere Denkmalschutzbehörde vom 28.08.2008, Zeichen 4101/Gauer (Eintragung von Objekten aus dem Bereich Obersalzberg in die das Verzeichnis der Bau- und Bodendenkmäler).
[48] Schreiben des O. I. e.V. an das BLfD vom 22.04.2009, Zeichen 4101/Gauer.

Parallel dazu wurden Recherchen zu diesem Thema betrieben, die nun einen äußerst interessanten Sachverhalt zu Tage fördern:

Schon in den 1970'er Jahren, als der Denkmalschutz nach Inkrafttreten des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes signifikant an Bedeutung gewann, taten sich Denkmalpfleger außerordentlich schwer damit, Bauten der NS-Zeit in die Denkmalliste einzutragen. 1979 übte das Finanzministerium Druck auf das Kultusministerium aus, so dass die Bemühungen zur Aufnahme von Bauten auf dem Obersalzberg in die Denkmalliste gestoppt werden mussten.[49] Man wollte „die NS-Vergangenheit nach Möglichkeit nicht in den Blickpunkt öffentlichen Interesses"[50] stellen. Weil das zuständige Ministerium aber das Landesamt für Denkmalpflege nicht daran hindern konnte, eine Denkmalfeststellung zu treffen, sollten die Gebäude nach einer verbindlichen internen Vereinbarung trotzdem als Denkmäler behandelt werden. Bei der Vorbereitung der Denkmalliste in den 1980er Jahren trat das Problem erneut auf: Die Druckfahnen der für 1986 vorgesehenen Veröffentlichung[51] der Denkmalliste zeigen den Obersalzberg auf Seite 127 als eigenständigen Bereich, mit folgenden Baudenkmälern: Ehem. Atelierhaus Speer, ehem. Wohnhaus Albert Speers, Kehlsteinstraße, Kehlsteinhaus, Gutshof Obersalzberg mit Stall und Nebentrakten, Ruinenreste vom sog. Berghof Adolf Hitlers, Bunkersysteme, Platterhof und Gästehaus.[52] Hiermit standen die wichtigsten noch verbliebenen Gebäude aus der NS-Zeit auf der Liste. Noch am 9. April 1985 bekräftigte das Kultusministerium die Regelung von 1978, wonach diese Gebäude als Denkmäler zu behandeln seien, ordnete jedoch gleichzeitig an: *Die vom Landesamt genannten baulichen Anlagen am Obersalzberg sind aus dem Entwurf der Denkmalliste zu streichen*.[53] Demnach handelte es sich unzweifelhaft um Denkmale, die nur der Öffentlichkeit nicht bekannt werden durften.

Erst ab 1993 wurde die Bayerische Denkmalliste in Bayern um Gebäude und Anlagen der NS-Zeit erweitert. Nun erschienen darauf beispielsweise das Konzentrationslager Dachau mit den Friedhofsanlagen, der Exekutionsstätte in Hebertshofen und drei Außenlagern in der Umgebung. Der Obersalzberg hingegen blieb zwar tabu, doch wurde 1995 dem Landesamt für Denkmalpflege intern ministeriell bestätigt, dass die Denkmaleigenschaft der Bauten am Obersalzberg zweifelsfrei sei, auch wenn sie als Relikte der düstersten Epoche der Deutschen Geschichte höchst unbequeme Geschichtszeugnisse darstellten. 1999 konnte der damals gerade erst neu im Amt befindliche Generalkonservator Egon Johannes Greipl die Unterschutzstellung der Filiale der *Reichskanzlei* in Stangass bei Berchtesgaden gegen erhebliche Widerstände durchbringen. In der zuständigen Gemeinde wurde dies kontrovers diskutiert. Hier lagen allerdings andere Eigentumsverhältnisse vor: Der Bund hatte nach der Kontrollratsdirektive Nr. 50 das ehemalige Vermögen des Deutschen Reichs übernommen, während der Obersalzberg

[49] Vgl. hierzu und zu den folgenden zitierten Schreiben: Egon Johannes Greipl, Vom Bayerischen Denkmalschutzgesetz 1973 bis zum Jubiläumsjahr 2008, in: Egon Johannes Greipl [Hrsg.], 100 Jahre Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Bd. 1, Bilanz, Regensburg 2008, S. 223-257; zu den NS-Bauten und dem Obersalzberg vgl. S. 234.
[50] Schreiben des Staatsministerium der Finanzen an das Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 9.11.1978: Kopie in der Registratur des BLfD.
[51] Wilhelm Neu u. Volker Liedke (Bearb.), Oberbayern: Ensembles, Baudenkmäler, archäologische Geländedenkmäler, Band 1,2, in der Reihe: Michael Petzet (Hg.), Denkmäler in Bayern. Ensembles, Baudenkmäler, archäologische Geländedenkmäler, München 1986.
[52] Eine Kopie dieser Druckfahne vom 21.01.1985 befindet sich im Besitz des Verfassers. Der Bereich Obersalzberg ist hier mit einer diagonalen Linie in „Z"-förmig ausgestrichen.
[53] Schreiben vom 09.04.1985, IV / 2b – K4604 – 7 / 29 590 in der Registratur des BLfD.

aufgrund der selben Regelung als ehemaliger Parteibesitz an den Freistaat Bayern übergegangen war. Für das Gelände des Bundesnachrichtendienstes in Pullach bei München, als Mustersiedlung für hohe NS-Parteifunktionäre und als „Stabsleiterhaus“ für Martin Bormann errichtet, wurde 2004 die Denkmaleigenschaft festgestellt. Pullach muss als Denkmal behandelt werden, der Eintrag in die Denkmalliste kann aber erst nach Abschluss des gesetzlichen Benehmensverfahrens geschehen. Hier gibt es noch Bedenken seitens der Gemeinde. Der Eintragung von Bauten um das ehem. Konzentrationslager Flossenbürg 2006 ging eine intensive Diskussion mit der Bevölkerung voraus, insbesondere weil hier auch Privatgrund unter Denkmalschutz gestellt wurde.[54]

Die Frage, warum im Zeitraum seit dem Abzug der Amerikaner im Spätherbst 1995 und der Übernahme des Geländes durch die Tochterfirma der BayernLB offensichtlich keine Auseinandersetzungen oder Diskussionen um den Denkmalstatus öffentlich bekannt wurden, könnte einerseits durch starke Einflussmöglichkeiten des Grundeigentümers – des Freistaats Bayern – begründet sein. Andererseits gab es hierfür in Berchtesgaden kaum eine sensibilisierte oder aktionsbereite Öffentlichkeit, wie man sie z. B. im Fall des Mettenheimer Hart bei Mühldorf am Inn hatte, wo Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren. In Berchtesgaden konzentrierten sich Formen öffentlichen Engagements zu dieser Zeit vor allem auf die Errichtung einer Form des Mahnens und Bedenkens auf dem Obersalzberg, was schlussendlich auch in die Errichtung der Dokumentation Obersalzberg mündete. Zu dieser Zeit war es kaum denkbar, dass sich jemand etwa für den Erhalt von Ruinenresten von Hitlers Berghof einsetzte. Zudem lag es aus dem vorher erwähnten Phänomen der „zensierten“ Denkmalliste wohl nicht im Interesse der Staatsregierung, der Öffentlichkeit einzugestehen, dass maßgebliche Bereiche des Obersalzbergs Denkmäler im Sinne des Art. l Abs. 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes waren.

An dieser Stelle müssen einige kritische Fragen aufgeworfen werden, die zugleich den Abschluss dieser Darstellung bilden sollen und Anlass zur weiteren Befassung mit dieser Thematik sein dürften:

1. Wurde am Obersalzberg Bauten, die im Sinne der nicht zur Veröffentlichung vorgesehenen Version der Bayerischen Denkmalliste Denkmäler im Sinne des Art. l Abs. 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes waren, diese Denkmaleigenschaft je aberkannt? Warum erscheinen die Objekte nicht im „BayernViewer Denkmal“? Auffällig ist, dass auch öffentlich bekannte Denkmäler aus der NS-Zeit, wie z. B. Pullach (Mustersiedlung Rudolf Heß) und Mühldorf / Inn (Mühldorfer Hart, Außenlager des KZ Dachau und Rüstungsbetrieb) noch nicht im BayernViewer Denkmal abgebildet sind.

2. Wurden bei den Abbrüchen der Berghofruine um 1996, des ehem. „Gästehauses“ der NSDAP (um 1997/98), beim Abbruch des Platterhofs (2000/01), beim Abbruch der Ruinen des Teehauses Hitlers am Mooslahnerkopf und des Gutshofgebäudes (um 2006) die nach Artikel 6 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes hierfür erforderliche Genehmigungen bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde im Landratsamt Berchtesgadener Land eingeholt? Wurden die denkmalrechtlichen Auflagen beim Umbau

[54] Zu den Problemen mit Denkmalschutz auf Privatgrund ist z.B. der Fall Franz Krapf thematisiert im Artikel *Mitten in Flossenbürg*, Tagesspiegel vom 16.08.2009.

des ehem. Atelierhauses Albert Speers (um 2000/01) und bei den Umbauten des „Skyline Rooms“ beachtet?

3. Wurde im Rahmen der Vergabe des Obersalzbergs an die Fa. *gewerbegrund Obersalzberg GmbH & Co. Grundbesitzgesellschaft KG* auf die Denkmaleigenschaft des ehem. Gutshofs Obersalzbergs, des Platterhofs und des ehem. Atelier Albert Speers und anderer baulicher Überreste explizit hingewiesen und wurde das Landesamt für Denkmalpflege als Denkmalfachbehörde in diesen Fällen gehört? Ist die Denkmalfachbehörde über angebliche Pläne zum Abbruch des Restgebäudes des Gutshofs Obersalzberg informiert?

4. Wurden zum Abbruch der Gebäudereste im Bereich des ehemaligen inneren „Führergebiets“ möglicherweise bis zu siebenstellige Mittel des Freistaats Bayern verwendet, die laut Haushaltstitel für den baulichen Erhalt und „für dringende Maßnahmen zur Erhaltung von staatseigenen Mietwohnobjekten und Baudenkmälern“ ausgewiesen waren? Wurden unter Umständen mit denselben Mitteln unter Titel 13 04/519 01 (Einzelplan 13) bereits um 1996/97 die Abbrucharbeiten der Ruinenreste von Hitlers Berghof finanziert – und dabei möglicherweise ohne Einholung einer denkmalrechtlichen Genehmigung ein Denkmal im Sinne des Art. l Abs. 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes beseitigt?

5. Letztlich stellt sich die Frage nach Aktivitäten der Denkmalbehörde selbst. War sie in der Lage, ihren gesetzlichen Spielraum bezüglich des Obersalzbergs zu nutzen?

Eine ausführliche Prüfung des „Schlusslichts“ Obersalzbergs unter denkmalrechtlichen Gesichtspunkten ist überfällig – gerade, weil die Region Berchtesgaden durch den unbestreitbaren Erfolg der *Dokumentation Obersalzberg* nun nach 10 Jahren belegen kann, dass sie mit ihrer Vergangenheit durchaus transparent und kritisch umgehen kann. Ein verkrampfter Umgang, wie er aus ministeriellen Anordnungen zur Verdeckung der Denkmaleigenschaft ersichtlich ist, sollte auf seine Zeitmäßigkeit und Berechtigung hin ernsthaft hinterfragt werden. Vor allem wird am Beispiel Obersalzberg deutlich, dass der Freistaat Bayern im Hinblick auf den Umgang mit denkmalgeschützten Objekten aus der NS-Zeit dann einen anderen Maßstab anzulegen scheint, wenn er selbst Eigentümer von Objekten ist.

Zitierweise:
Dokumentation und Destruktion. Kritische Anmerkungen zum Umgang mit historischen Überresten und Baudenkmälern im ehemaligen „Führergebiet“ Obersalzberg bei Berchtesgaden, in: Obersalzberg-Journal, Beiträge zur Geschichte (Online Publikation des Obersalzberg Instituts e.V.) Nr. 1/2009. Via URL: www.obersalzberg.org